



Foto: Santiago Engelhardt

Naomi Klein, Democracy Lecture 2015 der »Blätter« in Kooperation mit dem Haus der Kulturen der Welt, Berlin

Die Entscheidung: Kapital vs. Klima

Von Naomi Klein

Am 22. März 2015 hielt die kanadische Autorin Naomi Klein die diesjährige Democracy Lecture der »Blätter«. Zentrales Thema war der Klimawandel, der sowohl eine existenzielle Krise für die menschliche Spezies als auch – gerade mit Blick auf die Weltklimakonferenz von Paris am Ende dieses Jahres – eine globale politische Herausforderung darstellt. Wie bereits die erste Lecture mit Thomas Piketty im vergangenen November (vgl. »Blätter«, 12/2014) stieß auch die zweite auf enormes Interesse: Etwa 1500 Menschen folgten Kleins Vortrag und den anschließenden Beiträgen der Aktivistin Luise Neumann-Cosel und Tazio Müller im »Haus der Kulturen der Welt« in Berlin. »Blätter«-Mitherausgeber Ulrich Brand moderierte die anschließende Diskussion.

Kleins neues Buch »Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima« erschien kürzlich zeitgleich in mehreren internationalen Ausgaben, nachdem das englische Original bereits seit September 2014 für große Aufmerksamkeit gesorgt hat. Naomi Kleins Vortrag finden Sie nachfolgend in ungekürzter Fassung, die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Karl D. Bredthauer. Auf unserer Website www.blaetter.de können Sie Kleins Auftritt zudem als Video nachverfolgen; dort finden Sie auch eine Auswahl der Pressestimmen. – D. Red.

Hello, everybody. It's wonderful, to be here. – Zu Beginn möchte ich einen ganz kurzen Abschnitt aus der Einleitung meines Buches »Kapitalismus vs. Klima« vorlesen – zu Ehren meines Sohnes, der heute Abend hier ist und normalerweise nicht zu Vorlesungen geht. Es ist sogar die erste Vorlesung seines Lebens. Deshalb ist diese hier für Dich bestimmt, lieber Toma.

„Auch aus persönlichen Gründen fiel es mir sehr schwer, dieses Buch zu schreiben. Was mich am meisten bedrückt, sind nicht die wissenschaftlichen Studien über schmelzende Gletscher, um die ich früher einen Bogen gemacht habe, sondern die Bücher, die ich meinem zweijährigen Sohn vorlese. Eines seiner Lieblingsbücher trägt den Titel ‚Looking for a Moose‘ – ‚Auf der Suche nach einem Elch‘. Es handelt von ein paar Kindern, die sich so sehr wünschen, irgendwann einmal einen Elch zu sehen: Sie suchen überall, in einem Wald, in einem Sumpf, in dornigem Gebüsch und auf einem Berg nach einem ‚langbeinigen, knollennasigen, geweihtragenden Elch‘. Der Witz ist, dass sich auf jeder Seite ein Elch versteckt. Schließlich kommen alle Tiere aus ihren Verstecken, und die Kinder rufen begeistert: ‚Wir haben noch nie so viele Elche gesehen!‘

Als ich ihm das Buch ungefähr zum 75. Mal vorlas, traf mich eine Erkenntnis: Mein Sohn würde vielleicht niemals einen Elch sehen. Ich versuchte,

mich zusammenzureißen. Danach setzte ich mich an den Computer und begann, meine Erlebnisse in Nord-Alberta niederzuschreiben, dem Teersandgebiet, wo mir die Angehörigen der Beaver Creek Nation davon erzählten, was mit den Elchen passiert war. Eine Frau schilderte mir, dass sie auf einem Jagdausflug einen Elch erlegt hatte, dessen Fleisch schon grün war. Ich hörte auch viel von merkwürdigen Tumoren, die nach Ansicht der Einheimischen ihre Ursache darin hatten, dass die Tiere mit Teersandgiften verseuchtes Wasser tranken. Aber hauptsächlich hörte ich davon, dass die Elche schlichtweg verschwunden waren.

Und nicht nur in Alberta. ‚Rapidier Klimawandel verwandelt die North Woods in einen Elchfriedhof‘ titelte der ‚Scientific American‘ im Mai 2012. Anderthalb Jahre später berichtete die ‚New York Times‘, dass eine der beiden Elchpopulationen Minnesotas mit 4000 Tieren in den 1990er Jahren auf nur hundert geschrumpft war. Wird mein Sohn jemals einen Elch sehen?

Ein anderes Mal war es ein kleines Bilderbuch, das mich betroffen machte. Es zeigte alle möglichen Tiere beim Kuscheln, und jedes Mal stand ein lustiger Satz für die jeweilige Pose darunter. ‚Wie kuschelt eine Fledermaus‘, hieß es beispielsweise. ‚Auf dem Kopf, auf dem Kopf.‘ Aus irgendeinem Grund biegt sich mein Sohn bei dieser Seite regelmäßig vor Lachen. Ich erklärte ihm, dass Fledermäuse mit dem Kopf nach unten schlafen.

Aber ich musste dabei die ganze Zeit an einen Bericht denken, nach dem mitten in einer Rekordhitzewelle in einem Teil von Queensland in Australien Hunderttausende tote und sterbende Fledermäuse vom Himmel fielen. Ganze Kolonien vernichtet. Wird er jemals eine Fledermaus sehen?

Ich wusste, dass ich ein Problem hatte, als ich mich kürzlich dabei ertappte, wie ich mit einem Seestern debattierte. Rote und lilafarbene gibt es nur an der Felsküste von British Columbia, wo meine Eltern leben, mein Sohn geboren wurde und ich die Hälfte meines Erwachsenenlebens verbracht habe. Kinder lieben diese Seesterne, weil man sie richtig schön begutachten kann, wenn man sie vorsichtig hochhebt. ‚Das ist der schönste Tag in meinem Leben!‘, rief meine siebenjährige Nichte Miriam, die aus Chicago zu Besuch war, nach einem langen Nachmittag in den Gezeitentümpeln.

Aber im Herbst 2013 kamen Geschichten über eine merkwürdige Krankheit in Umlauf, die an der Pazifikküste Seesterne zu Zehntausenden dahintraffte. Man nannte es das *sea tar wasting syndrome*, bei dem viele Arten lebendig zerfielen. Die Tiere verwandelten sich in verkrümmte Klumpen, ihre Arme fielen ab und ihre Körper schrumpften zusammen. Die Wissenschaftler standen vor einem Rätsel. Als ich diese Geschichten las, ertappte ich mich bei dem Wunsch, dass diese wirbellosen Tiere noch ein Jahr durchhielten – nur so lange, bis sich mein Sohn an ihnen erfreuen konnte. Dann kamen mir Zweifel: Vielleicht ist es besser, wenn er nie einen Seestern zu Gesicht bekommt, zumindest nicht in diesem Zustand...

Wenn früher eine solche Angst durch den Panzer meiner Klimaleugnung drang, tat ich alles, um sie wegzuschieben, ich wechselte den Fernsehkanal, klickte die Seite weg. Jetzt versuche ich, sie zuzulassen. Es scheint mir, als wäre ich es meinem Sohn schuldig, so wie wir alle es uns selbst und ein-

ander schuldig sind. Aber wie sollen wir mit dieser Angst umgehen, die daher kommt, dass wir auf einem sterbenden Planeten leben, der jeden Tag unbewohnbarer wird? Zuerst einmal: akzeptieren, dass sie nicht mehr verschwinden wird. Sie ist die vollkommen rationale Reaktion auf die unerträgliche Tatsache, dass wir in einer untergehenden Welt leben, in einer Welt, zu deren Tod viele von uns beitragen, indem sie Dinge tun wie Tee kochen und zum Lebensmittelmarkt fahren und ja, auch Kinder bekommen. Und dann müssen wir sie benutzen. Angst ist eine Überlebensreaktion. Angst lässt uns davonlaufen, hochspringen, weckt übermenschliche Kräfte in uns. Aber wir müssen ein Ziel haben, wohin wir rennen können. Ohne ein Ziel ist Angst einfach nur lähmend. Der einzige Trick, die einzige Hoffnung besteht darin, die Angst vor einer lebensfeindlichen Zukunft durch die Aussicht darauf, etwas viel Besseres zu schaffen als das, was viele von uns je zu hoffen wagten, lindern und ausgleichen zu können.

Ja, wir werden manches verlieren, werden auf manchen Luxus verzichten müssen, ganze Industriezweige werden verschwinden. Und es ist zu spät, den Klimawandel noch aufzuhalten; er ist schon da, und es werden immer schlimmere Katastrophen auf uns zukommen, egal was wir tun. Aber es ist nicht zu spät, das Schlimmste abzuwenden, und es ist immer noch Zeit, uns selbst zu ändern, damit wir nicht so grausam miteinander umgehen, wenn diese Katastrophen eintreffen. Das ist, wie mir scheint, viel wert.

Denn eine Krise von diesem Ausmaß ist allumfassend, sie ändert einfach alles. Sie ändert, was wir tun können, worauf wir hoffen können, was wir von uns und unseren Politikern verlangen können. Sie bedeutet, dass all die Dinge, die angeblich unvermeidlich sind, aufhören müssen. Und sie bedeutet, dass viele Dinge, die angeblich unmöglich sind, jetzt sofort passieren müssen.

Können wir es schaffen? Ich weiß nur, dass nichts unabwendbar ist. Bis auf die Tatsache, dass der Klimawandel alles ändern wird. Und für eine sehr kurze Zeit haben wir die Art dieser Veränderung immer noch selbst in der Hand.“

Die Notwendigkeit radikaler Veränderungen

Gestern erklärte mir ein Journalist hier in Berlin, er sei nicht einverstanden mit meinen Positionen. Er ist, wie er sagte, moderat eingestellt und mag keine radikalen Veränderungen. Und er wies darauf hin, dass radikaler Wandel in Deutschland historisch belastet ist. Deshalb empfänden die meisten Deutschen wie er: Langsam und stetig, nicht durch hektische Bewegung gewinnt man das Rennen. Ich antwortete, dass ich ihn verstehe. Radikale Veränderungen machen tatsächlich den meisten von uns Angst. Und sehr oft haben sie wirklich schlimme Folgen. Aber genau in diesem Dilemma stecken wir, wenn wir im Jahr 2015 über den Klimawandel sprechen: Wir haben so lange gewartet und so oft exakt das Falsche getan, dass wir jetzt ganz ohne Optionen dastehen, die nicht radikal sind.

Aus diesem Grund habe ich die englische Ausgabe meines Buches „This Changes Everything“ genannt – „Dies ändert alles“! Nicht etwa, weil ich

glaube, dieses Buch werde alles verändern, sondern weil der Klimawandel es tut. Gerade wenn wir einfach weitermachen wie bisher, erwarten uns radikale Veränderungen der Welt, in der wir leben. Das ist keine Verschwörungstheorie. Diese Botschaft hören wir selbst von Institutionen des Establishments wie der Weltbank, PricewaterhouseCoopers oder der Internationalen Energieagentur. Selbst sie sagen uns, wenn wir weitermachen wie bisher, erreichen wir auf direktem Wege einen Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius, verglichen mit vorindustriellen Wärmegraden der Erdatmosphäre. Und erinnern wir uns, dass unsere Politiker, als sie sich 2009 in Kopenhagen zum UN-Klimagipfel trafen, eine Erderwärmung von über zwei Grad Celsius als bedrohlichen Klimawandel definierten. Schon damals zogen afrikanische Delegierte durch die Konferenzsäle des Bella Centre in Kopenhagen und nannten diese Definition genozidal. Jetzt sprechen wir über vier bis sechs Grad Temperaturanstieg, eine Erwärmung, die unsere gesamte Lebenswelt total verändern wird. Es geht darum, dass große Städte einfach verschwinden werden. Dass ganze Länder überspült werden. Es geht um massive Ernteaussfälle. Ja, es kommt möglicherweise noch viel schlimmer, weil unsere Klimamodelle in Wahrheit ab etwa drei Grad Erderwärmung gar nicht mehr funktionieren. Und die meisten Klimaforscher sagen uns, wenn sie ehrlich sind, sie könnten sich überhaupt nicht vorstellen, wie es bei vier Grad Temperaturanstieg – von sechs Grad gar nicht zu reden – tatsächlich zugehen würde.

Das ist, obwohl es so klingen mag, durchaus keine Beschwörung der Apokalypse. Es ist vielmehr der überwältigende wissenschaftliche Konsens. Und alles, was wir tun müssen, um solche Aussichten wahr werden zu lassen, ist: *nichts!* Einfach so weitermachen. In der Klimamodellierung nennt man das beschönigend „business as usual“, das Weiter-so-wie-gewohnt-Szenario. Das kaschiert die Tatsache, dass in Wahrheit nichts daran „wie gewohnt“ ist. Nun schlagen einige Wissenschaftler in ihrer Verzweiflung ob der furchterregenden Aussichten radikale Lösungen technischer Art vor: Schwefel in die Stratosphäre zu sprühen beispielsweise oder die Ozeane zu düngen oder künstlich Regen zu erzeugen. Es geht also um Geo-Engineering, darum, den Planeten zu „hacken“... Diese sogenannten Lösungen im Science-Fiction-Stil gehen ziemlich weit. Aber wir haben auch andere Optionen. Noch ist es nicht zu spät, mit gar nicht so schlechten Erfolgsaussichten darauf hinzuarbeiten, dass die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius bleibt, ja wir könnten, wenn wir uns anstrengen, sogar unter anderthalb Grad bleiben. Aber auch dies würde, zumindest nach unseren heutigen Maßstäben, radikale Veränderungen erfordern – radikale Veränderungen unseres politischen Systems und des Wirtschaftssystems sowie der unternehmerfreundlichen Ideologie des sogenannten freien Marktes, in deren Bann unsere Eliten immer noch stehen.

Genau diese Ideologie ist nämlich der eigentliche Grund dafür, dass wir mit der Krise, die sich immer weiter zuspitzt, bis heute nicht klarkommen. Deshalb hat man Theorien aller Art verbreitet, die erklären sollen, warum wir Menschen uns so schwer damit tun, angemessen auf den Klimawandel zu reagieren. Seit unsere Regierungen angefangen haben, Konferenzen zur

Reduzierung der Emissionen abzuhalten, sind diese um 61 Prozent gestiegen. Was auch immer also getan worden ist – es hat nicht gewirkt. Sie alle kennen die diversen Erklärungsversuche. Viele Theorien machen die menschliche Natur für das Versagen verantwortlich: Wir sind ganz einfach zu selbstsüchtig, wir sind zu gierig, das Problem ist zu abstrakt oder zu weit weg; die UNO ist zu komplex, und Regierungen werden sich nie über irgendwas einig. Aber wissen Sie: Mit all diesen Theorien stimmt etwas nicht, denn schließlich haben unsere Regierungen sich auf internationalen Foren über viele Dinge verständigen können. Im gleichen Zeitraum, in dem sie es nicht schafften, verbindliche Klimaverträge zustande zu bringen, haben sie beispielsweise die Welthandelsorganisation (WTO) etabliert. Dabei handelte es sich um ein unglaublich kompliziertes globales Arrangement mit verbindlichen Regeln und harten Strafbestimmungen. Manchmal können sie sich also durchaus verständigen. Und so furchtbar abstrakt ist der Klimawandel heute ja nicht mehr. Anfangs hielten wir ihn für ein Problem unserer Enkel, während er heute an unsere Türen hämmert und sich überdeutlich bemerkbar macht: mit schweren Stürmen, verheerenden Dürrekatastrophen und, und, und... Ich werde das nicht weiter ausmalen, denn Sie alle wissen, wovon ich rede.

Schlechtes Timing

In meinem neuen Buch erkläre ich nun, dass wir eine ganz offenkundige Ursache einfach übersehen haben: Wir haben es nämlich mit einem Fall von schlechtem Timing zu tun, ganz ungewöhnlich schlechtem Timing! Ich meine damit, dass das Klimaproblem uns zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt der menschlichen Evolutionsgeschichte erwischt hat. Dieser Zeitpunkt war 1988. Im Jahr 1988 fand in Toronto – der Stadt, in der ich lebe – die erste internationale Regierungskonferenz über den Klimawandel statt, die dann zum Erdgipfel von Rio führte. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) wurde ebenfalls 1988 gegründet. Bei einer Anhörung im US-Kongress sagte damals der berühmte Klimaforscher James Hansen, er sei sich jetzt so gut wie sicher, dass Treibhausgasemissionen zur Erwärmung der Erdatmosphäre führen. Ebenfalls 1988 entschied sich die Redaktion des „Time“-Magazins bei der Nominierung zum Mann des Jahres für ... den Planeten Erde!

1988 war also *das* Jahr. In dieser Zeit geschah allerdings auch anderes. Das ist den Menschen hier in Deutschland – denke ich – in seiner historischen Bedeutung wohl bewusst. 1988 war das Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer. In diesem historischen Augenblick ruft Francis Fukuyama das Ende der Geschichte aus. Und es gibt *eine* Ideologie, die von nun an über die Welt herrschen wird. Das neoliberale Projekt erlebt die Stunde seines Triumphs. Die Grundpfeiler dieses Projekts sind uns mittlerweile nur zu vertraut: Privatisierung, Deregulierung, Beschneidung der Unternehmenssteuern um den Preis der Beschneidung öffentlicher Ausgaben, also das, was man jetzt Austeritätspolitik nennt – und das alles festgeschrieben in Freihandelsdeals zugunsten der großen Konzerne. Im ersten Teil meines Klimabuchs konzentriere ich

mich deshalb auf die Erklärung, warum diese Art Politik mit dem kollidiert, was wir jetzt angesichts des Klimawandels tun müssen. Und das ist eigentlich ganz einfach: Da der Klimawandel der Kern einer *kollektiven* Krise ist, bedarf es *kollektiven* Handelns – in unseren Communities, innerhalb unserer Nationalstaaten und zwischen ihnen – in nie dagewesenen Größenordnungen. Das Ganze erwischt uns allerdings auf dem falschen Fuß, nämlich ausgerechnet in einer Zeit, in der man uns gelehrt hat, dass – wie Margaret Thatcher formulierte – so etwas wie „Gesellschaft“ überhaupt nicht existiert. Deshalb erscheint kollektives Handeln verdächtig. Schließlich seien wir Menschen bloß eines: Wesen, die immer nur auf Gewinn und Belohnung aus sind.

Sie sehen: Das Timing war miserabel. Und viele Räume – kollektive Räume –, in denen wir uns hätten versammeln können, um das Problem zu lösen, befanden sich im Belagerungszustand. „Regulierung“ war ein unanständiges Wort geworden. Ebenso wie „Besteuerung“. Zudem kommt es teuer, sich der fossilen Brennstoffe zu entwöhnen, wenn doch die ganze Wirtschaftsweise auf ihnen beruht. Man muss das Geld dafür irgendwo hernehmen. Es bei den Umweltverschmutzern und bei den Leuten zu holen, die das meiste Geld besitzen, wäre sinnvoll gewesen. Aber genau zu dieser Zeit strichen wir die Steuern zusammen. Jede Art Regulierung von oben nach unten galt als Kommandowirtschaft, zumindest in Nordamerika. Als man endlich zugab, dass es sich beim Klimawandel um eine Krise handelt, gab es allerlei Versuche, sie in das herrschende Ideologieprojekt einzubauen, sie dafür passgenau zu machen. Besonders augenscheinlich wurde das, als eine regelrechte Obsession für „marktbasierte Lösungen“, wie sie gern genannt werden, um sich griff. Statt also dem Kohlendioxid mit Regulierungsmaßnahmen zu begegnen, mit klaren Obergrenzen, letztlich mit einem Verbot, und statt den Unternehmen zu sagen, was sie dürfen und was nicht, sollte alles auf eine Win-win-Situation hinauslaufen. Also schuf man neue Märkte – Verschmutzungsmärkte. Es waren die USA, die das bei den UN-Verhandlungen durchsetzten. Interessanterweise sprach Angela Merkel, damals deutsche Umweltministerin, sich entschieden dagegen aus. Sie wurde, glaube ich, mit dem Satz zitiert, so überantworte man das Klima dem Gesetz des Dschungels. Tatsächlich argumentierte Europa seinerzeit entschieden gegen den Emissionshandel als Antwort auf den Klimawandel. Doch die USA setzten sich durch, weil natürlich alle wollten, dass sie das Kyoto-Protokoll unterschreiben. So kam der Emissionshandel in das Abkommen. Aber als Al Gore und Bill Clinton heimkehrten, erreichten sie trotzdem keinen Beitritt der USA. Der Kongress stimmte einmütig dagegen – und Europa wurde zum Versuchsgelände des Emissionshandels. Der aber erwies sich als vollkommenes Desaster. So geht es einfach nicht. So ist dem Krieg gegen das Kollektive, dem Krieg gegen Steuern und Regulierung nicht zu begegnen.

Sie hier in Deutschland erleben dieses Spannungsverhältnis, wie mir scheint, hautnah. Einerseits befinden Sie sich mitten in einer historischen Energiewende, über die ich in meinem Klimabuch viel Lobendes schreibe, denn ich denke, sie kann uns manches lehren und ist in vieler Hinsicht ausgesprochen spannend. Andererseits fehlt trotz der Bereitschaft, gegen einige

marktwirtschaftliche Regeln zu verstoßen und trotz vieler Förderungsmaßnahmen für erneuerbare Energien – und ich weiß, wie heiß umkämpft die Sache ist und dass ständig Änderungen vorgenommen werden – andererseits also fehlt der Wille, die neoliberale Grundregel zu brechen und beispielsweise den Kohleförderern klar zu sagen, dass sie den allerschmutzigsten fossilen Brennstoff dieses Planeten, die Braunkohle, nicht länger aus der Erde holen dürfen. Das wirkt sich natürlich auf die Erfolgsaussichten dieser Energiewende aus. Davon wird heute später noch die Rede sein. Man sieht hier, wie die Vorherrschaft dieser Ideologie selbst in einem Land, das – sprechen wir es ruhig aus – wegweisend ist, die Bahn für das blockiert, was wir angesichts der Klimakrise offenkundig tun *müssen*.

Blockade durch Privatisierung

Eine weitere Blockade, mit der sich wahrscheinlich viele hier nur zu gut auskennen, besteht in der Privatisierungslogik. Zur selben Zeit, als unsere Regierungen das Kyoto-Protokoll aushandelten – in den 1990er Jahren –, betrieben ebendiese Regierungen den Ausverkauf vieler jener wirtschaftlichen Schlüsselbereiche, die sie, nähmen sie den Klimawandel wirklich ernst, unbedingt würden kontrollieren wollen: die Energienetze, die Eisenbahnen, die Nahverkehrssysteme – also jene volkswirtschaftlichen Teilbereiche, die am innigsten mit fossilen Brennstoffen verbunden sind. Wenn man die an profitwirtschaftliche Interessenten ausverkauft, werden diese sich kaum dafür begeistern, ein überaus profitables Geschäftsmodell aufzugeben. Sie hier in Deutschland wissen eine Menge darüber, weil sich hier ja diese unglaubliche Graswurzelbewegung in vielen Städten und Kreisen entwickelt hat, die sich aus genau diesem Grund dafür entschieden hat, die örtliche Energieversorgung wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. In den USA nennt man diese Bewegung allerdings *remunicipalization*, und das ist ein ganz hässliches Wort. Trotzdem geht es auch bei uns los, in kleinen Städten wie Boulder, Colorado oder Santa Fé, ganz ohne ideologischen Hintergrund. Dahinter steht keine grundsätzliche Gegnerschaft zur Privatisierung, sondern schlicht und einfach der Wunsch, sich auf erneuerbare Energien umzustellen. Doch wenn die Einwohner diese Umstellung wollen, stoßen sie auf den Widerstand gewinnorientierter Privatfirmen. Und die denken gar nicht daran, auf sie zu hören. So kommt es dann zu dieser *Local-power*-Bewegung, in der die örtliche Bevölkerung ihre Energieversorgung wieder unter öffentliche Kontrolle bringt.

Da zeigt sich dieses Spannungsverhältnis, denn gleichzeitig gibt man immer noch wirtschaftliche Schlüsselpositionen aus der Hand, die für eine Abkehr von fossilen Brennstoffen zentral wichtig sind. Nicht zufällig geht es in einer der richtungsweisenden Auseinandersetzungen, die sich gegenwärtig zwischen Griechenland und dem vormals Troika genannten Trio abspielen, genau darum: ob Griechenland am geplanten Verkauf seiner Energieunternehmen festhalten muss, ungeachtet der Tatsache, dass die Städte dort

diese Privatisierung ablehnen. Auch darum, ob Griechenland sein Bahnsystem verkaufen soll, wird gerungen. In Spanien, Portugal, Italien und in Belgien gibt es gegenwärtig ebenfalls Auseinandersetzungen über Bahnprivatisierungen, immer und überall im Namen der Austeritätspolitik. Die schwersten Konflikte zwischen Markt- und Klimapolitik werden also gegen die Austeritäts- oder „Spar“-Logik auszufechten sein. Denn wenn man die Klimakrise ernst nimmt, bedarf es massiver Investitionen in den öffentlichen Sektor, um uns vor den Unwettern zu schützen, die uns schon jetzt sicher sind, und um zugleich die Infrastruktur für die Zukunft nach dem CO₂-Zeitalter aufzubauen.

Wie es aussieht, wenn ein vernachlässigter öffentlicher Sektor mit schweren Unwettern kollidiert, konnten wir ja schon besichtigen. So wie New Orleans nach dem Hurrikan Katrina sieht das aus. Katrina traf auf ein Deichsystem, das man trotz wiederholter Warnungen hatte verfallen und verrotten lassen. Das System versagt also – woraufhin der Staat die Stadt einfach im Stich lässt. Drei staatliche Ebenen, und keine von ihnen – scheint es – wird tätig. Manche unter Ihnen mögen zu jung sein, aber viele werden sich an den Schock erinnern, den ihnen damals die Bilder versetzten: Bilder von Leuten in New Orleans, die auf den Dächern ihrer Häuser Schilder mit der Aufschrift „Hilfe!“ hochhielten – und niemand kam; oder vom Superdome der Stadt, wo die dorthin geflüchteten Stadtbewohner fünf Tage lang ohne Lebensmittel und Wasser blieben, als die US-Bundesregierung außerstande schien, New Orleans auf der Landkarte zu finden. Genau so sieht das aus: wenn ein verrotteter öffentlicher Sektor mit dem Klimawandel kollidiert. Es sieht aus wie in New Orleans. Sehr, sehr viel steht also auf dem Spiel. Auch bei der Hochwasserkatastrophe in Großbritannien Anfang 2014 konnten wir viele Beispiele für dieses Phänomen sehen. Mr. Cameron stand plötzlich vor einem Riesenproblem, denn als „Mr. Austerity“ hatte er die Umweltbehörde, die im Vereinigten Königreich für den Hochwasserschutz zuständig ist, radikal gestutzt. Hunderte von Hochwasserschutzprogrammen waren zusammengestrichen, über tausend Beschäftigte gefeuert worden und die Entlassung weiterer tausend schon avisiert. Plötzlich fragten sich die Leute im Vereinigten Königreich, ob das wirklich eine gute Idee sei.

Doch dann geschah etwas sehr Hässliches: Auf der Titelseite der „Daily Mail“ erschien eine Petition, in der die britische Regierung aufgefordert wurde, Mittel für die Entwicklungshilfe umzuwidmen und dem Heimatschutz zuzuführen. „Warum geben wir Geld für Arme in Bangladesch aus, wenn wir doch uns selbst zu Hause schützen sollten?“ Genau das meine ich, wenn ich sage, dass wir von der Brutalität abkommen müssen, mit der wir miteinander umgehen. Hier stellt sich wirklich die Frage, welche Werte unsere Gesellschaft bestimmen sollen. Denn wenn wir weitermachen wie bisher, geht es nicht allein darum, dass es heißer wird. Es geht darum, welche Gestalt unser System, das den Individualismus so hoch schätzt und uns – sowohl innerhalb unserer Länder als auch zwischen ihnen – gegeneinander ausspielt, in einer heißeren Welt annehmen wird. Mir scheint, die erwähnte Petition bietet einen – schwachen – Vorgeschmack darauf.

Diese Zusammenhänge sind also klar. Im Namen der Austeritätspolitik und der Haushaltsdisziplin hat man in den letzten Jahren die Förderung der erneuerbaren Energien in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien drastisch beschnitten. Alle genannten Länder erlebten vor der Wirtschaftskrise einen Boom der Ökoenergie. Die Umorientierung war durchaus nicht vollkommen, aber sie fand statt. Und sie gehörte zu den ersten Dingen, die verschwinden mussten – und zugleich zu denen, deren Verschwinden am wenigsten auffiel. Denn natürlich achten die Leute, wenn sie sich fragen müssen, wie sie ihre Familien noch ernähren sollen, nicht besonders auf so etwas. Zum Beispiel darauf, ob ihre Regierung gerade die Förderung eines Solarparks gestrichen oder grünes Licht für ein weiteres Braunkohlekraftwerk einer deutschen Firma gegeben hat. Genau das aber geschah und geschieht in Griechenland. Über die Abkehr von der Förderung erneuerbarer Energien im Namen der Austeritätspolitik hinaus sehen wir in allen eben genannten Ländern das massive Bestreben, in den Küstengewässern nach Öl zu bohren, und in vielen soll zugleich per Fracking Gas gefördert werden. Auch in Deutschland läuft das so.

Austeritätskritik und Klimagerechtigkeit gehören zusammen

Das ist der Grund, warum ich neulich in Frankfurt bei den Blockupy-Protesten gegen die Europäische Zentralbank aufgetreten bin. Ich bin dort hin gegangen, um folgenden Vorschlag zu machen: Die Bewegung gegen die Austeritätspolitik und die für Klimagerechtigkeit wären gut beraten, sich zusammenzutun und einvernehmlich zu fusionieren, denn es hat keinen Sinn, beide Probleme so zu behandeln, als hätten sie nichts miteinander zu tun, und sie unabhängig voneinander anzugehen. Aber als beispielsweise in Brüssel Massenproteste gegen die Bahnprivatisierung stattfanden, wurde das Wort „Klimawandel“ nicht einmal erwähnt. Es gelingt uns bisher nicht, diesen – doch auf der Hand liegenden – Zusammenhängen gerecht zu werden. Dabei ist die Austeritätslogik mit einer wissenschaftlich begründeten Klimapolitik absolut unvereinbar. Ja, die Brisanz der Klimakrise ist, glaube ich, das beste Argument, das Anti-Austeritäts-Aktivistinnen und die ihnen nahestehenden Parteien für einen radikal anderen Umgang mit der Wirtschaftskrise jemals ins Feld führen konnten. In einem Kapitel meines Klimabuchs erläutere ich, wie der Handel, der Freihandel, wieder und wieder den Klimaschutz austicht.

Ich selbst komme aus der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung, wobei wir die Zuschreibung „Antiglobalisierung“ immer abgelehnt haben. Wir wehrten uns gegen ein ganz bestimmtes Modell der Globalisierung, nämlich dieses Projekt der globalen Konzernbefreiung. Nun hat sich in den letzten Jahren ja gezeigt, dass diese Freihandelsabkommen – von denen jetzt erneut eine ganze Welle auf uns zukommt – äußerst aggressiv sind, das TTIP beispielsweise. Diese Deals behindern aktiv gerade die Politikformen, die wir von unseren Regierungen angesichts des Klimawandels ein-

fordern müssen. Ich lebe in Ontario, in Kanada. Dort wurde das anspruchsvollste Programm zur Umstellung auf erneuerbare Energien in ganz Amerika betrieben – und beschlossen. Und zwar während der Wirtschaftskrise. Ich sehe darin ein Beispiel der Win-win-Strategie, wie ich sie in meinem Buch darlege: Ontario steckt in einer Beschäftigungskrise, weil seine Wirtschaft stark abhängig von den drei großen amerikanischen Autoherstellern ist. Die Autofirmen gerieten in Schwierigkeiten und versuchten, die US-Regierung zu Rettungsmaßnahmen zu bewegen. Das aber hieß, wenn irgendwelche Werke geschlossen werden sollten, würden ihre kanadischen Filialen daran glauben müssen. Also gingen in Ontario massenhaft Arbeitsplätze verloren. Nun legte die Regierung in Toronto einen ausgezeichneten Plan vor, der ganz klare Ziele setzte. Bis 2015 wollte man vollständig auf Kohle verzichten. Also genau die Art radikaler Maßnahmen, die wir ergreifen müssen. Teilweise nach deutschem Vorbild entwickelte sie Einspeisetarife, wobei sie erklärte, es handle sich zugleich um ein Beschäftigungsprogramm. In Deutschland wurden, wie wir wissen, im Bereich der erneuerbaren Energien vierhunderttausend Arbeitsplätze geschaffen. Also sah unser Energieprogramm in Ontario vor, dass jeder, der die Vorzüge des Einspeiseprogramms nutzen wollte, einen bestimmten Prozentsatz seiner Sonnenkollektoren, Windturbinen und anderer Ausrüstungsteile vor Ort in Ontario herstellen lassen musste, damit das Programm zur Unterstützung des maroden Produktionssektors beitrug. Das funktionierte: Dreißigtausend Arbeitsplätze entstanden. In meinem Klimabuch berichte ich über eine Fabrik bei Toronto, die Autoteile produziert hatte und auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise geschlossen worden war. Diese Fabrik – sie heißt Silfab – wurde dann als Sonnenkollektoren-Fabrik neu eröffnet und stellte viele der arbeitslos gewordenen Autoarbeiter wieder ein. Deren Kenntnisse und Fertigkeiten erwiesen sich nämlich als voll kompatibel.

Da haben wir ein Beispiel für das, was wir *just transition* oder gerechten Übergang nennen: Wer in dem einen Sektor seinen Arbeitsplatz verlor, wurde umgeschult und erhielt im nächsten Sektor wieder Arbeit. Es funktionierte. Es war eine Erfolgsgeschichte. Aber dann zitierten die EU und Japan Kanada vor die WTO und warfen dem Land „Protektionismus“ vor. Die kanadische Bundesregierung, die sich an den Öleinnahmen aus der Provinz Alberta berauscht, wehrte sich nicht sehr, und wir unterlagen in dem Verfahren. Mit dem Ergebnis, dass Ontarios Konversionsplan jetzt als teilweise illegal gilt. Und es gibt viele vergleichbare Fälle. Die Vereinigten Staaten attackieren Indien und China wegen deren Subventionspolitik. Das ist doch schierer Wahnsinn: Da veranstalten wir Klimaverhandlungen, bei denen die gleichen Regierungen mit Fingern aufeinander zeigen und schimpfen, die anderen täten nicht genug – und dann laufen sie zur WTO und versuchen einander wechselseitig ihre Windkraftanlagen kaputt zu machen. Genau das sollten wir nicht tun. Hier in Deutschland haben Sie die Causa Vattenfall: Der Konzern betreibt eine Investitionsschutzklage, die sich im Kern gegen Ihre Energiewende-Politik richtet. Vattenfall verlangt atemberaubende 4,7 Mrd. Euro Schadenersatz, was in jeder Hinsicht beispielloos ist und eine ganz gefährliche Botschaft enthält. In einer Situation, in der wir möchten, dass

unsere Regierungen ein Maximum an Handlungsspielraum haben, werden sie derart herausgefordert!

Das Problem der Wachstums-Ökonomie

Eine der Debatten über mein Klimabuch dreht sich darum, ob es eine Kritik des Neoliberalismus darstellt oder ob es tatsächlich von einem Konflikt zwischen Kapitalismus und Klima handelt. Auf dem Umschlag der deutschen Ausgabe steht „Kapitalismus vs. Klima“, doch was ich hier heute Abend bisher beschrieben habe, ist ein Konflikt zwischen Klimaschutz und Neoliberalismus – also Privatisierung, Deregulierung, Freihandelsabkommen, Niedrigsteuern. Da könnte die Versuchung naheliegen zu sagen: Okay, wir müssen nur zu einem sozialdemokratischen Modell à la Keynes zurückkehren, und alles wird wieder gut. Doch genau da liegt das Problem, und genau da findet sich der Grund, warum es nach meiner Überzeugung eben um einen Konflikt zwischen Kapitalismus und Klima geht: Wenn wir mit der Reduzierung der Emissionen zu der Zeit begonnen hätten, als unsere Regierungen anfangen, Klimakonferenzen abzuhalten, also Ende der 1980er Jahre, dann hätten wir eine schrittweise Konversion weg von den fossilen Brennstoffen haben können. Das hätte die Empfindlichkeiten gemäßigter Journalisten, die radikalen Wandel nicht mögen, wohl nicht verletzt. Wir hätten scheinbar verfahren können, mit zwei, drei Prozent Reduzierung pro Jahr. In Wirklichkeit haben wir aber zweieinhalb Jahrzehnte lang gewartet und das Problem unermesslich – nein: durchaus messbar! – verschlimmert. Hören wir dazu Michael Mann, einen berühmten Klimaforscher von der Penn State University, der für das bekannte „Hockeyschläger“-Diagramm verantwortlich ist. (Es findet sich in Al Gores Klimafilm und bringt Klimawandel-Leugner zum Kochen...) Michael Mann spricht von der „Prokrastinations-Strafe“, die man sich zuzieht, wenn man so lange wartet und nichts tut. Um zu verhindern, dass die Erwärmung katastrophale Ausmaße annimmt, muss man ganz anders vorgehen, denn so ist das nun mal mit dem Kohlendioxid: Man emittiert und emittiert, das Zeug verschwindet einfach nicht, und das Problem verschlimmert sich immer weiter – bis es schließlich den globalen CO₂-Haushalt sprengt. Ich stütze mich vor allem auf die Zahlen des Tyndall Centre für Klimawandelforschung in Manchester sowie der Klimaforscher Kevin Anderson und Alice Bows-Larkin, angesehene Experten für CO₂-Emissionsverminderung. Sie arbeiten mit den – inzwischen überall verwendeten – Zahlenangaben darüber, um wie viel wir unsere Emissionen Jahr für Jahr reduzieren müssen, um ein CO₂-Budget mit zwei Grad Erwärmung einhalten zu können: Es sind sechs Prozent, die wir pro Jahr weniger emittieren müssen, und das ist eine ganze Menge.

Es kommt aber noch schlimmer. Kevin Anderson und Alice Bows-Larkin nehmen nämlich unbequemerweise jene Regierungen beim Wort, die versprochen haben, sich an den Grundsatz der historischen Verantwortlichkeit halten zu wollen. Dieser Grundsatz, der in der UN-Klimakonvention veran-

kert ist, bedeutet, dass Länder wie Ihres und meins, die bei der CO₂-Emission in industriellen Größenordnungen einen zweihundertjährigen Vorsprung haben, den Anfang machen und vorangehen müssen. Das heißt nicht, China und Indien sind aus dem Schneider. Es bedeutet aber, dass wir als Erste und stärker reduzieren müssen. Es heißt also, dass wir unverzüglich anfangen müssen, unsere Emissionen um acht bis zehn Prozent jährlich zu vermindern. Doch für so etwas gibt es kein Modell, das mit einem auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystem kompatibel wäre. Das bedeutet nicht, dass es in unserer Ökonomie überhaupt kein Wachstum mehr geben könnte. Es heißt aber, dass jeder, der in einem kapitalistischen System lebt, dessen Ziel in kurzfristigem Wirtschaftswachstum besteht, vor einem Konflikt zwischen Kapitalismus und Klimaschutz steht.

Der Kapitalismus zerstört die Lebensgrundlagen unserer Erde

Für Kapitalismus-Fans ist das natürlich eine ziemlich unbequeme Erkenntnis. Ich glaube allerdings, dass die Herausforderung noch weit tiefer reicht. Diese Erkenntnis stellt nicht nur den Kapitalismus in Frage. Vielmehr stellt sie die Geschichte in Frage, die wir Menschen uns seit dem 15., 16. Jahrhundert erzählen, nämlich dass der Mensch diese reaktionsträge Maschine namens Natur beherrschen und seinem Willen unterwerfen kann. Diese im ländlichen Britannien geborene Idee hat sich über die ganze Welt verbreitet. Und sie ist äußerst gefährlich. Die interessanteste Entdeckung bei meinen Recherchen war, als ich – durch die Arbeit des schwedischen Kohleexperten Andreas Malm – auf den Wortlaut der Handbücher stieß, mit denen man im 18. Jahrhundert britischen Industriellen die ersten kommerziellen Dampfmaschinen verkaufte. Was darin steht, ist im Grunde die Reklameversion der industriellen Revolution. Diese Texte werben unglaublich offenherzig für die Verheißungen des industriellen Kohleeeinsatzes. Da wird die Befreiung von der Natur versprochen. Großen Schiffseignern verspricht man: Ihr werdet nicht länger der Gnade von Wind und Wellen ausgeliefert sein – ihr werdet eure Schiffe schicken können, wohin immer ihr wollt. Fabrikbesitzern gilt die Verheißung: Ihr werdet nicht länger von Wasserläufen abhängig sein und nicht mehr darüber nachdenken müssen, wo ihr eure Fabrik bauen und mit Wasserkraft betreiben könnt. Baut sie überall, wo immer ihr wollt. Ihr seid am Zuge. Ihr seid der Boss.

Der Klimawandel ist nun der Gegenschlag. Da haben wir die ganze Zeit hindurch Kohle verbrannt und uns eingeredet, wir hätten uns von der Naturwelt unabhängig gemacht. Jetzt sitzen wir obenauf – und plötzlich kommt die schallende Antwort: Ihr dachtet, Ihr wäret die Herren? Ihr seid hier Gäste! Darin besteht die eigentliche Herausforderung, in der Infragestellung der Schlüsselerzählung der westlichen Zivilisation. Deshalb fällt es eben auch manchen Parteien der Linken – machen wir uns nichts vor – ähnlich schwer wie der Rechten, sich dem Klimawandel zu stellen. Die Herausforderung ist gewaltig, und zwar für uns alle.

So mancher fühlt sich da, wie mir klar geworden ist, etwas eingeschüchtert, überrumpelt. Manche Freunde aus der Umweltbewegung nehmen mich beiseite und sagen: „Naomi, der Klimawandel war schon gewaltig genug. Musstest Du da auch noch den Kapitalismus ins Spiel bringen?“ Nun ja, es ist sicher einfacher, über das Auswechseln von Glühbirnen zu reden als über einen Wechsel der Wirtschaftsweise oder über die Deckelung des CO₂-Ausstoßes als über die Deckelung der Konzernmacht. Aber eines sollten wir uns dabei klarmachen: Es ist ja nicht so, als sprächen wir über eine Wirtschaftsweise, die wunderbar funktioniert – von der Kleinigkeit einmal abgesehen, dass sie die Meere anschwellen lässt. Vielmehr ist es doch so, dass wir den Anstieg der Meeresspiegel zulassen, um ein Wirtschaftssystem zu schützen, das den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit auf diesem Planeten nicht gerecht wird – mit oder ohne Klimawandel. Ein System, dem schon die Arbeitsplatzsicherheit unzähliger Menschen geopfert wurde, ihr Recht auf ordentliche Bildung, angemessene Gesundheitsversorgung – dasselbe System, das jetzt keinen Zweifel an seiner Bereitschaft lässt, die Lebensgrundlagen unserer Erde zu zerstören. Wir können ganz einfach nicht zulassen, dass dies geschieht.

Die Macht des großen Geldes zurückdrängen

Nun glaube ich, dass die einvernehmliche Fusion, von der ich in Frankfurt gesprochen habe, tatsächlich zustande kommen könnte. Nicht, dass sie unausweichlich wäre – tatsächlich unausweichlich ist meiner Meinung nach nur, dass wir die fossilen Brennstoffe ersetzen. Dagegen kommt es durchaus nicht zwangsläufig dazu, dass diese Konversion dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit folgt. Für diesen Weg müssten wir uns bewusst entscheiden. Aber wenn wir diese Wahl treffen, wird es uns möglich sein, künftig, mit einer anderen Wirtschaftsweise, zahllose gute reguläre Arbeitsplätze mit allen gewerkschaftlichen Rechten zu schaffen. Jeder Dollar oder Euro, der in erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und öffentlichen Transport investiert wird, schafft damit sechs- bis achtmal so viele Arbeitsplätze, als wenn er in die Öl- oder Gasinfrastruktur geflossen wäre. Und die Schaffung dieser Arbeitsplätze ist zugleich Bestandteil des Wiederaufbaus eines öffentlichen Sektors, der fast überall dahinsiecht. Die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur wird unsere Städte bewohnbarer werden lassen, unsere Communities stärken und uns selbst gesünder machen. Wenn wir so handeln, werden wir auch der Überwindung der grotesken Gleichheitslücke ein großes Stück näher kommen, die unsere Gesellschaften entstellt, die Strafjustiz entfesselt und institutionalisierten Rassismus bewirkt hat. Das dafür nötige Geld lässt sich auftreiben, wenn wir die Umweltverschmutzer zur Kasse bitten, die Öl-, Gas- und Kohlekonzerne ebenso wie Rüstungsunternehmen oder Finanzspekulanten.

Was zu tun ist, wenn wir irgendetwas davon erreichen wollen, liegt – zumindest in Nordamerika – auf der Hand: Es gilt, die Macht des großen

Geldes in der Politik zurückzudrängen. Ebenso offensichtlich ist, wie schwer das sein wird. Doch es gibt Grund zur Zuversicht: Viele Zwischenziele der Klimabewegung werden in geradezu atemberaubendem Tempo erreicht. Als ich mein Klimabuch abschloss, habe ich einmal zu bilanzieren versucht, wie viele Siege erzielt worden waren, während ich daran gesessen hatte. Ich war ziemlich verblüfft über die Zahl der Staaten – und Bundesländer und Provinzen –, die zwischenzeitlich beispielsweise das Fracking verboten hatten. Aber auch seit der englischsprachigen Erstausgabe des Buches – seit September 2014 – ist so vieles passiert, was ich als echten Fortschritt betrachten würde, und in welchem Tempo! Vierhunderttausend Menschen sind im vergangenen September durch die Straßen New Yorks gezogen und haben gefordert, dass in Sachen Klima endlich gehandelt wird. Ganz besonders ging es ihnen um Klimagerechtigkeit. Diese Demonstration war viermal größer als der bis dahin größte Klimamarsch, 2009 in Kopenhagen. Und sie fand in den Vereinigten Staaten statt! Schottland und Wales haben jüngst das Fracking verboten. In den USA beschloss der Bundesstaat New York ein Frackingverbot – ein gewaltiger Erfolg für die Anti-Fracking-Bewegung. Die Desinvestitions- oder *Fossil-fuel-divestment*-Bewegung, die es vor drei Jahren noch gar nicht gab, hat Hunderte von Städten – auch Berlin! – erfasst. Große Universitäten, die über ein gewaltiges Stiftungsvermögen verfügen, Stanford beispielsweise, haben angekündigt, dass sie sich von Kohlebeteiligungen trennen werden. Auch die Familie Rockefeller – das sind die Leute, die mit Standard Oil reich wurden – will aus der fossilen Branche aussteigen und ihr Geld stattdessen in erneuerbare Energien stecken. Das will wirklich etwas heißen! Ich selbst habe an einer Talkshow mit einer der Erbinnen des Rockefeller-Vermögens teilgenommen, und auf die Frage des Talkmasters, ob dieser demonstrative Ausstieg nicht scheinheilig wirke, weil sie doch durch Öl reich geworden sei, antwortete sie: „Nein, ich halte das nicht für scheinheilig. Ich denke, gerade weil wir unser Geld mit Öl gemacht haben, sind wir moralisch verpflichtet, zur Lösung der dadurch geschaffenen Probleme beizutragen.“ Ich würde meinerseits hinzufügen: Das kann nicht der individuellen Moral einiger Superreicher überlassen bleiben. Wenn es falsch ist, dass Universitäten, Kommunen und Stiftungen in fossile Energieträger investieren, dann kann man zu Recht fordern, dass die Gewinne daraus in die Finanzierung der Energiekonversion, weg von den fossilen Brennstoffen, fließen. Das kann nicht einfach freiwillig bleiben.

Der Pariser Klimagipfel und das billige Öl

Der Papst spricht oft über den Klimawandel, und das auf eine Art und Weise, die ich wirklich bedeutsam finde. Er redet darüber nämlich in der Sprache der Moral. Mir scheint, dass wir zu oft in den Kategorien der Kosten-Nutzen-Analyse über den Klimawandel reden und dabei vergessen, dass es sich wohl um *die* moralische Schlüsselfrage unserer Zeit handelt. Die chinesische Regierung hat gerade die Verbreitung eines Videos mit dem Titel „Unter der

Kuppel“ gestoppt, aber zuvor hatten es bereits 150 Millionen Menschen gesehen. Es geht um die verheerenden Auswirkungen der Luftverschmutzung, die mit der Kohleverbrennung einhergeht. Ich finde es sehr wichtig, dass wir den Mut der beteiligten chinesischen Aktivisten anerkennen – in einem Land, in dem Kritikern der Regierung schwere Strafen drohen. Einer der Leute, die in dem Film auftreten, an dem mein Partner Avi Lewis auf Grundlage meines Buchs arbeitet, spricht über *low-quality growth*, minderwertiges Wachstum also. Uns dient China häufig als eine Art Sündenbock. „Wir tun so viel“, sagen wir, „aber was tut China?“ Dabei wird in China lebhafter als irgendwo sonst über die wahren Kosten des Wirtschaftswachstums debattiert. Wir müssen uns darum kümmern, dass in *unseren* Ländern genug geschieht.

Die Klimaschutz-Bewegung befindet sich also im Wandel. Sie verzeichnet große Erfolge im Kampf gegen den Abbau von Teersanden, gegen Pipelines, Fracking... Vielleicht sollten wir aber noch auf etwas anderes zu sprechen kommen. Wie Sie wissen, bin ich ziemlich kapitalismuskritisch. Aber wenn der Kapitalismus uns einmal ein Geschenk macht, will ich das auch gern zugeben. Er hat uns nämlich beschenkt. Wie das, fragen Sie? Nun, aufgrund von Spekulation und Überproduktion hat der Ölpreis sich gerade binnen dreier Monate halbiert, und das macht es für eine Weile einfach zu teuer, bestimmte Dinge zu tun – etwa in der Arktis nach Öl zu bohren. Viele Firmen ziehen sich aus der Teersand-Förderung in Alberta zurück. (Diese besonders schmutzige Form, Öl in halbfestem Zustand zu fördern, ist nämlich nicht nur unglaublich energieintensiv, sie ist auch sagenhaft teuer.) So ist eine Situation entstanden, in der wir wirklich in die Offensive kommen und weit darüber hinausgehen können, hier eine Pipeline zu verhindern oder dort das Fracking zu stoppen. Dem Pariser Klimagipfel können wir jetzt tatsächlich das Ziel „Leave it in the ground“ setzen: „Lasst es im Boden!“ In Paris sollten Moratorien beschlossen werden: Keine Ölbohrungen in der Arktis! Unwiderflicher Rückzug von der fossilen Front!

Zugleich gewinnt die Anti-Austeritäts-Bewegung an Kraft, und zwar nicht nur auf der Straße, sondern, wie wir in Griechenland sehen, auch in der Politik. Hierzulande scheint das manche Leute ziemlich aus dem Häuschen zu bringen. Ich finde es unglaublich spannend, was in Griechenland geschieht. Auch dass in Spanien vielleicht bald Podemos an die Macht kommt. Das alles inspiriert die Menschen in ganz Europa. Wenn wir es schaffen, dass jeder aus seiner Ecke herauskommt und wir miteinander reden, werden wir womöglich wirklich eine Koalition begründen, die siegen kann. Gut, man hat mir kürzlich – was ich nie geglaubt hätte – vorgeworfen, Optimistin zu sein. Ich war es gewohnt zu hören: „Wogegen Du bist, wissen wir. Aber nicht: wofür!“ Folglich habe ich ein paar Dinge genannt, für die ich eintrete, und schon höre ich: „Du bist ja ganz schön optimistisch!“ Aber tatsächlich verhält es sich so: Ich bin durchaus keine Optimistin, aber eben auch keine Nihilistin! Ich glaube nicht, dass alles verloren ist. Ich sehe die winzige Chance, dass wir die Dinge noch wenden können. Es geht um so viel, dass wir verpflichtet sind, wirklich alles zu tun, was in unserer Macht steht, um die Aussichten auf eine Wende zu verbessern. – Vielen Dank!